

mitte drin

Ausgabe 09 / 2014 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Ein wunderschönes Wohnviertel im Herzen Berlins

Die Fischerinsel wird 45 Jahre alt

Einige erinnern sich noch: Sommer 1969, Umzugswagen rollten zum ersten fertiggestellten Hochhaus auf der Fischerinsel.

Vier weitere 20-Geschosser und ein Doppelhochhaus mit 21 und 18 Etagen sollten folgen. Kindergärten, Spielplätze, ein Stadtteilzentrum mit „Kaufhalle“, Frisiersalon, Post, Blumenladen und Dienstleistungsannahme, eine Schwimmhalle und die Gaststätte „Ahornblatt“ rundeten das Ensemble ab. Bis 1978 wurde der von Joachim Näther, Peter Schweizer und Manfred Zache erarbeitete städtebauliche Entwurf des Wohnensembles im südlichen Teil der Spreeinsel umgesetzt. Im historischen Herzen Berlins war ein bis heute beliebtes Wohngebiet mit viel Licht und Aussicht als eine grüne Oase geschaffen worden. Ob es zum damaligen Zeitpunkt, auch

finanzielle, Möglichkeiten gegeben hätte, die zum großen Teil im Krieg zerstörte und sich in einem desolaten Zustand befindliche alte Gebäudestruktur zu erhalten darf bezweifelt werden. Die neuentstandene Bebauung richtete sich nach dem damaligen internationalen Trend, gehörte zum einheitlichen Konzept der Bebauung des Stadtzentrums und wurde von den neuen Bewohnern freudig angenommen.

Einiges hat sich seitdem verändert, vieles konnte erhalten bleiben

Anfang der 90er Jahre wurde das Ensemble durch das sogenannte „Planwerk Innenstadt“ in seiner Substanz bedroht. Die Brücken



Prima Wohnen mit Panoramablick über die Metropole

an der Grün- und der Inselstraße sollten für den Verkehr geöffnet werden, der Park an der Ostseite sollte „Townhouses“ für Besserverdienende weichen, die Grünflächen und Anwohnerparkplätze sollten mit weiteren Häusern „verdichtet“ werden. Die Bebauungsdichte - nach Wohnungen pro Hektar - der Fischerinsel war aber zu diesem

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Was „unserer glücksüchtigen Gesellschaft“ fehlt

Der Bundespräsident weiß es nicht nur. Er hat es auch öffentlich kundgetan. Vor dem erlauchten Kreis der Münchner Sicherheitskonferenz. André Ullmann hat über diese seltsame Redeweise des Staatspfarrers nachgedacht und eigene Konsequenzen gezogen.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

Berlin mal kurz „olympisch“ über den Tisch ziehen?

Neutrale Umfragen in Berliner Zeitungen zeigen, dass 60 bis 70 Prozent der Berliner gegen eine Olympiabewerbung sind. Nun will der Senat die Bürger befragen. Wonach eigentlich? Carola Bluhm, MdA der Linken, testete die ulkige Testfrage des Senats.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

GUE/NGL-Fraktion will dem Rechtsruck gegensteuern

Der linksorientierten Fraktion gehören jetzt 52 Abgeordnete aus 13 europäischen Mitgliedstaaten an (bisher 37 Abgeordnete). Martina Michels, MdEP, skizziert, wie sich die Fraktion im EU-Parlament für eine soziale und demokratische EU einsetzen will.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ Weitersagen +++ weitersagen +++

Sommerfamilienfest

06. September, 15 Uhr

Wir laden herzlich ein:

Spiele, Ponyreiten, Kletterwand, Spaß und Sport für die Kinder;
Musik, Lesungen und Politik für die Erwachsenen und viele weitere Überraschungen!

Kreativhaus, Fischerinsel 3 (U-Bahnhof Märkisches Museum)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Soziale Infrastruktur in Gefahr ?

Die Sommerpause ist vorüber, man kehrt aus dem Urlaub zurück, das Wetter bewegt sich mal mehr, mal weniger spürbar in Richtung Herbst und so ganz allmählich stellt sich auch der politische Alltag wieder ein. War noch was? Ja! Eine Entscheidung aus dem Frühjahr, beinahe unbemerkt neben Zweckentfremdungsverbotsverordnung und Schulentwicklungsplan, wirkt sich aus, denn seitdem wird auf dem sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt massiv gekürzt.

Dort wird sonst gefördert, wer auf dem regulären Ersten Arbeitsmarkt als benachteiligt gilt – also überwiegend Langzeitarbeitslose, aber auch Alleinerziehende, Menschen mit Handicaps oder Ältere. Deren Tätigkeit muss – so will es der Gesetzgeber – „zusätzlich“ sein, darf also keine regulären Arbeitsplätze verdrängen. So sind es insbesondere viele Vereine oder gemeinnützige Stiftungen aus dem sozialen und soziokulturellen Bereich

oder auch kirchliche Einrichtungen, die, neben viel ehrenamtlichem Engagement, auch auf geförderte Beschäftigung setzen. Die Programme heißen „Bürgerarbeit“ und „FAV“ („Förderung von Arbeitsverhältnissen“). Bezirk und Jobcenter kooperieren bei der Bewilligung der Maßnahmen, wobei jedoch das Jobcenter der „Wunschliste“ des Bezirks nicht immer entspricht. So geschehen auch im April, als das Jobcenter Mitte geradezu schlagartig keine neuen FAV-Stellen für das laufende Jahr mehr bewilligte. Von den im Frühjahr ca. 850 Stellen über Bürgerarbeit und FAV werden nun wohl zum Jahresende nur noch ca. 350 übrig bleiben, zumal Bürgerarbeit ohnehin Ende des Jahres ausläuft.

Zunächst einmal zeigt sich hier besonders deutlich, wie stark doch FAV und andere Fördermaßnahmen die extreme Unterfinanzierung der Sozialarbeit kaschieren. Das ist traurig, aber mangelnde

Bedarfsdeckung kennen wir leider mittlerweile in vielen Bereichen. Es stellt sich somit auch die Frage nach den Gründen für das Vorgehen des Jobcenters. Diese bleiben diffus, man hat wohl im ersten Quartal zu viele Maßnahmen bewilligt, ohne dabei zu bedenken, dass diese dann auch über das ganze Jahr finanziert werden müssen. Hinzu kamen dann noch finanzielle Engpässe, denn es fehlten rund neun Mio. Euro für die „Finanzierung von Verwaltungskosten“, welche dann besonders aus den Mitteln für den Zweiten Arbeitsmarkt genommen wurden. Nun, man darf wohl getrost von einer Fehlplanung sprechen. Jedenfalls konnte auch der für das Jobcenter zuständige Stadtrat Herr von Dassel (Grüne) im Sozialausschuss keine genauere Auskunft über die Gründe dieses Versagens geben. Er gehe jedoch davon aus, dass sich das Jobcenter eine solche Panne nicht noch einmal leisten werde. Wir wollen es hoffen.

Falko Looff

Kein Bedarf mehr für den „Club Spittelkolonnaden“?

22 Jahre soziokulturelle Veranstaltungen, Bildungs- und Freizeitangebote sowie Bürgerbeteiligung für eine Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität im Stadtteil finden am 31.12.2014 am Standort Leipziger Straße 47 ein Ende. Alle Angebote und alle BesucherInnen sollen ab 2015 in den Räumen des Kreativhauses auf der Fischerinsel weiter machen. So die Vorstellung der Senatsverwaltung.

Die SPD-CDU-Regierung stellt künftig nicht mehr ausreichend Mittel in den betreffenden Haushaltsposten ein, um weiterhin flächendeckend Stadtteilarbeit in der bisherigen Qualität zu realisieren.

Die Verteilung von Steuereinnahmen auf die verschiedenen Ressorts des Senats ist eh eine „Wissenschaft“ für sich. Aber für die Erkenntnis, dass die aktuelle Berliner Regierungskoalition im Umgang mit unseren Steuern immer öfter mit Fehlgriffen glänzt, braucht man keinen Dokortitel, nur den gesunden Menschenverstand. Der hilft einem jedoch auch nicht mehr, versucht man zu begreifen, was sich der Senat bei der Neuorganisation der Stadtteilzentren (STZ) gedacht hat. Die zahlenmäßige Reduzierung der STZ hat als Konsequenz die Ausweitung des

Zuständigkeitsgebiets einer Einrichtung. Wenn also der Standort „Club Spittelkolonnaden“ aufgegeben wird und das Kreativhaus dessen Arbeit mit übernehmen muss, steht dieses vor einer Mammutaufgabe. Mehr Aufgaben, mehr BesucherInnen und mehr Verantwortung, aber nicht mehr Geld oder Personal.

Der „Club Spittelkolonnaden“ hat jahrelang BerlinerInnen auf dem zweiten Arbeitsmarkt eine Chance gegeben, sich mit einer öffentlich geförderten Anstellung für den ersten Arbeitsmarkt weiter zu qualifizieren. Gegenwärtig halten zwölf MitarbeiterInnen gemeinsam mit zwei Festangestellten des Einrichtungsträgers den Betrieb des STZs aufrecht. Diese 14 Personen stehen vor einer ungewissen Zukunft, wenn die Rationalisierungspläne des Senats greifen.

Letztlich trifft es jedoch die AnwohnerInnen, besonders diejenigen im fortgeschrittenen Alter, denen es schwer fällt, längere Fußwege zu bewältigen. Manchmal sehen halt die schwarzen Zahlen auf dem Papier ganz gut aus. Die Verantwortungsträger sollten sich jedoch vor einer konsequenzreichen Entscheidung ein Bild vor Ort machen, was es für diejenigen bedeutet, denen man mit einer Unterschrift ein Stück Gemeinschaft nimmt. **Christian Otto**



Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE, mit **Rechtsanwalt André Roesener:**

- **An jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin**
- **Jeden Mittwoch im Monat** kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Karl Schwarz, Michael Groß** und **Herbert Butter** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51**
- **Jeden 4. Mittwoch im Monat:** von 14 bis 16 Uhr **kostenlose Mieterberatung** im **Karl-Liebnecht-Haus, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178.**

Gewachsene Verantwortung der Linksfraktion im EU-Parlament

Die Europawahlen 2014 liegen hinter uns und das Parlament hat sich konstituiert. Vor uns LINKEN liegt nun ein 5-jähriger Weg unter dem Motto: „Gemeinsam für einen Neustart der Europäischen Union!“

Mit dem Wahlergebnis von 7,4 Prozent ist die deutsche Delegation DIE LINKE mit sieben Abgeordneten weiterhin die zahlenmäßig stärkste Gruppe innerhalb der linken Fraktion GUE/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken). Gabi Zimmer wurde erneut als Fraktionsvorsitzende gewählt und ein griechischer Genosse von „Syriza“ ist Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

Das wichtigste Ergebnis unseres Neubeginns ist die gewachsene Stärke der Mitglieder unserer Fraktion. In der GUE/NGL haben sich nunmehr 52 Europaabgeordnete aus 13 europäischen Mitgliedstaaten zusammengeschlossen (bisher 37 Abgeordnete). Mehrere neue linke Parteien und Bewegungen haben sich unserer Fraktion angeschlossen, darunter die griechische Partei von Alexis Tsipras „Syriza“, Italiens „Liste Tsipras“, die neue spanische Bewegung „Podemos“ oder die Tierschützer aus Deutschland und den Niederlanden.

Mit dem populären 92 Jährigen griechischen Widerstandskämpfer Manolis Glezos, der 1941 die Hakenkreuzfahne von der Akropolis holte, stellt die Linke den ältesten Abgeordneten. Mit der Aufstellung eines eigenen Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten (Pablo Iglesias/Podemos) haben wir gezeigt, dass auch Alternativen zum Sozialdemokraten Martin

Schulz möglich wären. Gerade dieser erste Machtkampf spiegelt das unerfreuliche Ergebnis der Europawahlen, das Erstarren der Rechten im Parlament, wider. Stärkste Fraktion ist die konservative EVP. Die neofaschistischen Gruppierungen von Le Pen,

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Der Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf EU-Ebene fällt in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle im Kampf für ein soziales Europa zu, vor allem bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit,



Denen eine starke Stimme geben, die in der EU nicht gehört werden

Wilders und Voigt konnten zwar keine eigene Fraktion bilden, verschärfen aber bereits jetzt mit ihren unverhohlenen Parolen die parlamentarische Auseinandersetzung. In diesem deutlich nach rechts gerückten Parlamentsgefüge hat die linke Fraktion eine gewachsene Verantwortung in der Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung der EU-Politik erhalten, die sie konsequent wahrnehmen wird.

Wir haben bei der Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten Herrn Juncker nicht gewählt, denn Junckers Politik widerspricht unserer Vision einer sozialen und demokratischen EU. Mit Thomas Händel (DIE LINKE) besetzen wir erstmalig den Vorsitz im wichtigen

insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit und der prekären Beschäftigung. Unsere aktuellen parlamentarischen Aktivitäten konzentrieren sich auf den Kampf gegen das EU-Freihandelsabkommen mit den USA und die Rückkehr zur friedlichen Lösung im Palästina-Konflikt.

Unsere Arbeitsausrichtung ist klar: zusammen mit den neuen linken Kräften werden wir denen eine starke Stimme geben, die in der EU nicht gehört werden. Wir wollen die Anlaufstelle für soziale Bewegungen und Gewerkschaften sein und für wirkliche Alternativen zu dieser neoliberalen EU der Banken und Konzerne streiten.

Martina Michels, MdEP - Berlin

Fortsetzung von Seite 1: **45 Jahre Fischerinsel**

Zeitpunkt schon doppelt so hoch wie zum Beispiel die der Spandauer Vorstadt. Viele, wie der damalige Baustadtrat von Berlin-Mitte Thomas Flierl und vor allem die Bewohner der Fischerinsel, führten einen jahrelangen Kampf gegen diesen geplanten Unsinn. Nicht alles konnte abgewendet werden. Die unter Denkmalschutz stehende Gaststätte „Ahornblatt“ wurde im Jahr 2000 abgerissen. Die von Ulrich Müther entworfene Schalenkonstruktion des Gebäudes bildete einen interessanten Kontrast zu den Hochhäusern und war zu einem Wahrzeichen des Ensembles geworden. „Verwertungsdruck“ ging vor Denkmalschutz. Umso ärgerlicher,

wenn man den mit beträchtlichem Leerstand kämpfenden „Ersetzungsbau“ sieht, der ob seiner architektonischen Qualitäten an die Autobahnabfahrt Bochum-West gepasst hätte (ohne den Bochumern zu nahe zu treten). Die Blockrandbebauung zum Mühlendamm wird kommen. Bleibt den ausführenden Architekten für diese Bebauung eine glücklichere Hand zu wünschen.

Die damals gepflanzten Bäume sind groß geworden. Ein zum Kreativhaus umgebauter Kindergarten dient als Mehrgenerationenhaus und ist beliebter Treffpunkt der Bewohner geworden. Das Nikolaiertel, den Historischen Hafen, den Kölnischen Park und den

Alexanderplatz direkt vor der Tür – was will man als Berliner mehr? Leerstand gibt es hier kaum, auch wenn die Mieten nicht mehr mit denen aus dem Jahr 1969 zu vergleichen sind.

Die Bewohner der Fischerinsel leben heute gern hier. Die, deren Umzugswagen vor 45 Jahren entladen wurden und diejenigen, die in den Jahren danach in die inzwischen sanierten, praktisch geschnittenen und mit einem phantastischen Ausblick über unsere Stadt versehenen Wohnungen gezogen sind.

Thilo Urchs

(Der Autor war „Erstbezug“ und verbrachte eine sehr schöne Kindheit auf der Fischerinsel.)

Groth-Gruppe plant über 700 Wohnungen in der Lehrter Straße

Moabiter Kiez befürchtet Verdopplung der Mieten

Die Groth-Gruppe will über 700 Wohnungen in Sechs- bis 18-Geschossern zwischen der Lehrter Straße in Moabit und den Bahngleisen errichten.

Die Projektentwickler nennen ihre Planung „behutsame Entwicklung des Mittelbereichs der Lehrter Straße“. Aber da bisher nur etwa 1000 Wohneinheiten an der Lehrter Straße stehen, kann man bei dem Neubau von weiteren 700 wohl kaum von „behutsamer Stadtentwicklung“ sprechen.

Nach den bisher bekannt gewordenen Vorstellungen der Projektplaner sollen die Wohnungen am lauten Bahndamm vermutlich zu Mietwohnungen und die Wohnungen an der leiseren Lehrter Straße zu Eigentumswohnungen werden. Die Mieten sollen zwischen 8,50 und 11,00 Euro pro qm kosten – das ist doppelt so hoch wie bei den vorhandenen Wohnungen in der Lehrter Straße.

Susanne Torka, engagiert in einer Anwohner-Initiative und beim „Runden Tisch gegen Gentrifizierung“ in Moabit, kritisiert diese Kostenexplosion für die Anwohner. Im B-Laden (Betroffenen-Laden) in der Lehrter Straße wirbt sie für bezahlbare Wohnungen und die Rechte der Leute, die hier bereits wohnen. „Normale Leute können sich das nicht leisten“, sagt sie.

Nur 150 geförderte, preiswertere Wohnungen sollen nach aktuellen Verlautbarungen entstehen. Das wären gerade einmal 20 Prozent der geplanten Wohneinheiten. Groth ist dafür mit einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft noch in Verhandlungen. Der Betroffenenrat Lehrter Straße hatte gefordert, dass mindestens 30 Prozent aller Wohnungen für Geringverdiener bezahlbar sein sollten. Von Bezahlbarkeit kann bei den zu erwartenden 6 bis 7,50 Euro/qm Miete ohnehin nicht

die Rede sein. Denn bekanntlich sind für Transferbezieher nur Wohnungen bis zu 4,50 Euro/qm leistbar.

Der Berliner Mieterverein beklagte bereits in einem Artikel des MieterMagazins vom Mai 2013 „Filets für den Baulöwen“, dass der Bezirk Mitte sich nicht bemüht, einen ausrei-



Der Projektentwurf mit den im Winkel von 45 Grad zur Straße ausgerichteten Sechs- bis 18-Geschossern

chenden Anteil an preiswerten Wohnungen durchzusetzen. Dort wird auch der Antrag zu „sozialen und ökologischen städtebaulichen Verträgen im Zusammenhang mit B-Plänen“ erwähnt, der in der BVV mit Stimmen von CDU und SPD abgelehnt wurde.

Rainer Scholz

Bei anderen gelesen

► *Denken in der primären Ratio des Friedens*

Es ist interessant, dass man immer vom Ende her denkt, wenn es keine gewaltfreie Lösung mehr zu geben scheint. Heute existieren viele Friedensforschungsinstitute, die Strategien entwickelt haben, um Konflikte zu vermeiden oder zu schlichten. Man muss es eben nur wollen. Aber an Willen hapert es. Das sieht man daran, dass Deutschland pro Jahr über 30 Milliarden Euro für Militär ausgibt, aber nur 29 Millionen für den Friedensdienst. Das ist eine schlimme Diskrepanz. – Margot Käßmann im Gespräch „Der Spiegel“ Nr. 33 vom 11.08.2014

► *Ein zartes Pflänzchen im Wedding*

Privatschule für sozial Benachteiligte. In der kommenden Woche beginnt in der Quinoa-Schule für 24 Kinder der Unterricht. Sie sollen kontinuierlich auf den Berufseinstieg vorbereitet werden. Die Kosten für den Schulbesuch von Jugendlichen aus Haushalten, die Transferleistungen erhalten, werden von Förderern und Unterstützern der Schule übernommen. Das Ziel ist es, dass alle SchülerInnen den Mittlere-Reife-Abschluss erreichen. „taz“, 21.08.2014

► *Kriegssprache ist nicht humanitär*

Die Kriege in der Ukraine, im Irak, in Syrien und im Gaza werden mit verschiedenen Worten geführt, von allen Seiten. Die Wahrheit verschwindet dahinter. Das erste Opfer im Krieg ist immer die Wahrheit. Die Kriegsparteien verbiegen sie, um die Öffentlichkeit von ihrer Sicht der Dinge zu überzeugen. Das ist oft schwer zu durchschauen. Es fängt schon damit an, ob wir den Krieg einen Krieg nennen, oder von einem Konflikt, einer militärischen Auseinandersetzung oder sogar einer Krise sprechen und schreiben.

„Die Zeit“, 15.08.2014

► *Demokratie verteidigt – Rechtsstaat zerstört*

Der Krieg gegen den Terror hat Territorium verwüstet, das er angeblich verteidigte. Und er ist nicht zu Ende. Im Krieg sind alle Mittel erlaubt, notfalls auch die Verwüstung jenes gemeinsamen Grundes, zu dessen Verteidigung man ihn angeblich führt: Rechtsstaat und Demokratie. Der Krieg gegen den Terror hat uns der Mentalität jenes Wahnsinns wieder gefährlich nahe gebracht. Historische Rückfälle sind nicht ungewöhnlich. Geschichte entwickelt sich nicht nur nach vorn. „Cicero“ 01.08.2014

Beteiligung – Mitwirkung – Mitbestimmung.

Aktive Interessenwahrnehmung durch Seniorinnen und Senioren in Berlin

Diskussion über die geplante Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes

Donnerstag, 25. September, 14 – 16 Uhr

Berliner Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin, S- und U-Bahn Potsdamer Platz

Kurznachrichten

► **Berliner Kinder haben ihre Kitas erobert**

Genau 99,1 Prozent aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren besuchen einen Kindergarten oder eine andere vorschulische Einrichtung. Von den Kindern unter drei Jahren geht jedes zweite in eine Kita oder zu einer Tagesmutter. Insgesamt nutzen 147.400 Berliner Kinder ein öffentlich gefördertes Betreuungsangebot. Gegenwärtig wäre sogar noch Platz für 7.200 kleine Berliner. In den Kitas gibt es jetzt 29.250 Erzieher.

► **Empörte Zehlendorfer verlangten eine Mauer**

Nicht "die Mauer" - sondern eine Lärmschutzmauer wollten sie haben, die sie vor dem Pausenlärm einer privaten Grundschule bewahrt. Außerdem forderten sie für die Musik- und Gymnastikraumfenster der Schule lärmdämmende Scheiben. Das Verwaltungsgericht Berlin wies die Klage ab: Pausenhofgeräusche sind kein Lärm. Die Anwohner müssten die üblicherweise von einer Grundschule ausgehenden Geräusche hinnehmen.

► **Fälscher produzieren am liebsten falsche Fuffziger.**

Im ersten Halbjahr 2014 hat die Bundesbank 1,5 Millionen Euro als Falschgeld aus dem Verkehr gezogen - 27 Prozent mehr als im zweiten Halbjahr 2013. Die 25.000 "Blüten" waren zur Hälfte 50-Euro-Scheine. Für die Fälscher anscheinend das günstigste "Preis-Leistungs-Verhältnis". In den 18 Ländern der Euro-Zone fanden sich 321.000 Euro-"Blüten". Das war immerhin ein Rückgang um sechs Prozent gegenüber dem zweiten Halbjahr 2013.

► **Werden wir künftig älter und fetter?**

Das prognostizieren jedenfalls Wissenschaftler des Rostocker Instituts zur Erforschung des demografischen Wandels. Im Jahre 2009 galten hierzulande schon mehr als sechs Millionen der über Fünfzigjährigen als fettleibig, Tendenz steigend. Bis 2030 könnte sich diese Zahl um 30 bis 80 Prozent erhöhen. Die Wissenschaftler warnen: Herz-Kreislauf-Krankheiten, Diabetes und Arthrose können durch Fettleibigkeit verursacht werden.

Menschen in Mitte

Tobias Schulzes „spannende Arbeit“ im Bundestag

Eigentlich sollte und wollte er Buchhändler werden, um in fünfter Generation den Buchladen der Familie väterlicherseits in Wernigerode zu übernehmen.

Stattdessen fährt Tobias Schulze heute meist mit seinem Rennrad die 23 Kilometer von zu Hause in Friedrichshagen zum Jakob-

Politik-, Literatur- und Kommunikationswissenschaften studiert Tobias dann an der Freien Universität. Sein Wissen bringt er in der Landesarbeitsgemeinschaft Hochschulpolitik der LINKEN ein, arbeitet sieben Jahre im Landesvorstand, wird Referent der Linksfraktion für Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation im Berliner Abgeordnetenhaus, danach der Bundestagsfraktion.

In der Freizeit Kiez und Schwarze Musik

Petra Sitte bat ihn schließlich nach der letzten Bundestagswahl und ihrer Wahl zur Parlamentarischen Geschäftsführerin, mit in ihr Abgeordnetenbüro zu wechseln. „Eine spannende Arbeit als Generalist“, nennt es Tobias Schulze. „Viel Organisation, Management, politische Beratung, Rede-



Sportlich in die Oppositionspolitik: Tobias Schulze Foto: Matthias Thiel

Kaiser-Haus und zurück. Der 38-jährige gebürtige Wernigeröder ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Parlamentarischen Geschäftsführerin der Linksfraktion im Bundestag, Petra Sitte.

„Nach meiner Buchhändlerausbildung in Northeim begann ich ein Studium der Betriebswirtschaft an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Karlshorst. Aber nach dem Vordiplom wusste ich: das ist nicht mein Leben“, erklärt Tobias Schulze. Lieber wurde er dann dort der Vorsitzende der Studierendenvertretung, beschäftigte sich mit Hochschulpolitik, besuchte Politikseminare.

„Zu dieser Zeit bin ich wegen des NATO-Krieges in Jugoslawien in die PDS eingetreten, hatte gute Erinnerungen an die Partei, weil sie uns Anfang der 90er Jahre in der schwierigen Antifa-Arbeit im Harz unterstützt hatte.“ Der zweifache Vater nennt sich selbst einen Pazifisten. 2001 war er einer der Gründer der aktiven und ideenreichen Jugendbasisorganisation „Peaceful Streetfighters“ des Bezirksverbandes Mitte, die von anfangs zehn auf heute über 60 Mitglieder angewachsen ist. Er wohnte, bis es teuer wurde, am Rosa-Luxemburg-Platz, bleibt weiter auch nach dem Umzug nach Friedrichshagen im Stadtbezirk politisch aktiv.

manuskripte, Strategiepapiere – als Oppositionspartei stecken wir in einer Schlüsselphase, ringen um politische Erfolge, müssen liefern. Unsere Wähler erwarten einiges von uns.“

Nicht leicht, dabei Zeit für die Familie frei zu halten. Zudem ist Tobias Schulze Vorsitzender des Kiezvereins, der sich um das soziale Leben in seiner Wohnsiedlung kümmert. Ein wenig Zeit bleibt ihm aber auch noch für sein Hobby: DJ auf Festen. „Alles, was schwarz klingt“, beantwortet er die Frage nach seiner Lieblingsmusik und nennt eine Sammlung an Jazz, Elektro, Rap und Disko sein eigen. Was er sich für die Zukunft wünscht? „Dass unsere Partei weiter unser Gemeinwesen mitgestaltet, dafür ist sie da, und sich nicht mit sich selbst befasst.“ Er trägt dazu einen guten Teil bei.

Matthias Herold

Die Mittendrin jetzt auch
Online erleben:

- www.die-linke-mittendrin.de
und auf Facebook unter
- www.facebook.com/linke.md

Urbanes Paradies auf Zeit

Auf dem grauen Wagen steht „Solar-kiosk“. So entdeckte ich in der Mitte von Berlin den temporären Garten. Seine Initiatoren sagen dazu „gelungenes, wenn-gleich vorübergehendes Experiment zur sinnlichen Erfahrung urbaner Natur“.

Zu finden ist er auf der verwucherten nordöstlichen Baulücke Invaliden-/ Ecke Ackerstraße. Little Wood, also Kleiner Wald, ist die Idee des Contemporary Food Lab aus der benachbarten Bergstraße 22. Ein offen verstecktes Paradies, wo sich Hunderte täglich bei Workshops, Vorträgen, Screenings, Supper Clubs, Konzerten, Picknick, Miniwanderungen unterm Baumgrün oder beim Austausch und Ausruhen auf der Skulptur des Schweizer Künstlers Kerim Seiler treffen. Ein kleines städtisches Ökosystem aus Sachverstand und Liebe, ein interdisziplinäres Programm für die Öffentlichkeit, das erklärt mir Projektleiter Andres aus Bogota. Berlins Mitte ist im Umbau und dieser Ort ein perfektes Labor für kreatives Experimentieren mit urbaner Regeneration. Das Areal gehört den Graft-Architekten, die rund 100 Mitarbeiter auf drei Kontinenten beschäftigen und hier bald so umsichtig bauen wollen, wie sie das Projekt

gefördert haben. Den Solarkiosk haben sie auch entwickelt. Er dient in ländlichen Regionen Afrikas dazu, Bewohner mit Strom zu versorgen und ihr Marktplatz zu sein.

Mittes Contemporary Food Lab spricht sich herum, sagt Andres, Facebook und Flyer machen den Rest. Freunde, Bekannte, Fremde jeden Alters und aller Sprachen kommen, sie erleben, wie Natur, Stadt, Essen und Kochen sinnvoll, sinnlich und kulturell miteinander funktionieren. Der Kiosk bietet Kost aus Krisenregionen der Welt, auch Decken und Spiele. Romantisch sind die Ruhecken. Urban Farming, Agrikultur im urbanen Raum, heißt der Beitrag der HUB, deren Studenten ihre Garteninstallationen auf Hochbeete, in Gefäße und auf ebener Erde pflanzen. Man kann alles sehen, riechen und schmecken, hier summen auch Bienen. Zur Eröffnung haben Besucher das erste Gemüse geerntet, geputzt, gekocht und gemeinsam verspeist. Sagt Andres. Theodor, der einst aus Rumänien kam, fand das Projekt im Internet.



Viel Grün mittendrin in Berlin

Er will Vorträge hören. Ich genieße das unerwartete Geschenk profaner. Jeden Tag ist es mit seinem Geruch von warmer Wiese vermutlich noch bis in den September von 15 bis 22 Uhr geöffnet, aber der Sommer und der eigenwillige Pop-Up Garden haben ihre Hoch-Zeit schon gehabt. Ich werde mich an beide noch lange erinnern. **Irene Runge**

Vorzeigeprojekt auf dem absteigenden Ast?

Die traditionsreiche Ballettabteilung der Musikschule Alt-Mitte ist in Schwierigkeiten

Zum Bildungsauftrag öffentlicher Musikschulen gehören Breitenwirkung und Begabtenförderung. Die Ballettabteilung in Mitte ist ein Relikt aus DDR-Zeiten; mit hohem Leistungsanspruch und dem Verständnis, Tanz als Kulturgut zu erhalten und Grundlagen für den tänzerischen Profinachwuchs zu schaffen.

Die Besonderheit bis heute: Sie bietet die bundesweit seltene Möglichkeit, an einer einzigen Einrichtung die für die Ausbildung zum Profitänzer nötige Grundausbildung zu erlangen. Außerdem werden Oberstufenabschlüsse vergeben, auf deren Basis ein Studium der Tanzpädagogik oder Choreografie möglich ist. Begabtenförderung nicht nur für Kinder von Gutverdienern, sondern im öffentlichen Bildungsauftrag und sogar zum ermäßigten Preis!

Doch der Zahn der Zeit hat an den Qualitätsmaßstäben genagt. Warnende Stimmen sind aus dem Freundeskreis und

von erwachsenen Schülern zu hören, die sich Sorgen um den Nachwuchs machen. Fraglich ist auch, ob alle Musikschulangebote im Bereich Tanz noch dem öffentlichen Bildungsauftrag entsprechen. Der Prozess der Konsolidierung nach dem Zusammenschluss der Bezirke ist noch im Gang. Auch innerhalb der Musikschule wird um Standards gerungen.

Jetzt hat aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen eine verdienstvolle Dozentin das Haus verlassen. Zu befürchten ist, dass sie nicht die einzige bleibt und zahlreiche Schülerinnen mitgehen werden. Dass so die Kontinuität der Arbeit weiter gewährleistet werden kann, ist zweifelhaft. Die bedauernswerte Situation ist ein Ergebnis



Schülerinnen der Ballettabteilung mit "Maskerade"

aus Sparzwang, fehlgeleiteter Personalpolitik und Marktanpassung. Bleibt zu hoffen, dass bei der Gemengelage die Ballettabteilung als einmalige Bildungseinrichtung zu retten ist.

Claudia Jacob

Uneinsichtig im Größenwahn

Eine Umfrage zu Olympia stellt der Senat unter folgende Überschrift:

„Befragung zur Grundausrichtung einer möglichen Bewerbung Berlins für Olympische und Paralympische Spiele – Stimmungstest für eine Bewerbung Berlins für Olympische und Paralympische Spiele – Ihre Meinung ist gefragt“.

So sieht die Einbeziehung der Berlinerinnen und Berliner zu Olympia aus, wie Wowereit und Henkel sie sich vorstellen. Den Fragebogen gibt es überhaupt nur, weil der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) bei einer Bewerbung wissen will, wie die Bevölkerung dazu steht.

Nur wird in diesem Fragebogen nicht nach der Stimmung für oder gegen Olympia gefragt, sondern man ist schon zwei Schritte weiter und fragt nur danach, wie die Olympischen Spiele aussehen sollen, sobald sie nach Berlin kommen. Ob man Olympia in Berlin will, das wird überhaupt nicht gefragt. Mit diesem Fragebogen wird dieser Senat dann zum DOSB gehen und behaupten, die Berliner stehen zu 100% hinter einer Bewerbung.

Neutrale Umfragen in Berliner Zeitungen zeigen, dass ca. 60-70% der Berliner gegen eine Olympiabewerbung sind. Im Gegensatz zu diesem weltfremden Senat sehen sie, dass Berlin sich das nicht leisten kann und ganz andere Großbaustellen hat. Einen Großflughafen, der nicht fertig wird, marode Schulen und Sportstätten für die, die in der Stadt wohnen, immer noch einen 60 Milliarden Euro hohen Schuldenberg: Wenn diese Probleme gelöst sind, dann kann man über eine Olympiabewerbung nachdenken.



Freizeitsport für alle Berliner auf Platz 1!

Doch wo schon die Ideen von einer Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld beim Volk durchgefallen sind, will der Senat sich jetzt mit Olympia ein Denkmal bauen. Ein Denkmal, das allein für die Bewerbung 60 Millionen Euro kostet. Sollte Berlin die Bewerbung gewinnen, werden Kosten in Milliardenhöhe auf die Stadt zukommen. In London haben die Olympischen Spiele am Ende 13 Milliarden Euro gekostet, obwohl man am Anfang nur mit rund drei Milliarden Euro gerechnet hat.

Deshalb Nein zu Olympia unter den aktuellen Umständen. **Carola Bluhm**

Politische Bildung

Dienstag, 16.09.2014 | 19:00 Uhr
Helle Panke, Berlin – Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Sportliches Spektakel für die einen – Bürde für die anderen: Braucht Berlin Olympia?

Diskussion mit: **Jens Weinreich** (Sportjournalist mit den Schwerpunkten Doping, Korruption und IOC), **Judith Demba** (Geschäftsführerin der Naturfreunde Berlin & NOlympia Bündnis Berlin) und **Mehmet Yildiz** (Sprecher für Sport der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft) Moderation: **Dr. Gabriele Hiller** (MdB, Sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im AGH)

Donnerstag, 18.09.2014 | 18:00 Uhr
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Berlin – Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin

Die Abkommen TTIP und TISA

18.00 Uhr Diskussion **«Geopolitische Konsequenzen des TTIP Abkommens – Die Perspektive von Drittstaaten»** mit Ulrike Herrmann (taz), Sven Hilbig (Brot für die Welt), John Hilary (War on want, London). Moderation: Ramona Hering
20.00 Uhr Vortrag **«What's in the TISA and why it's a secret»**, Sanya Reid-Smith, (Third World Network, Genf)
Anschließend Diskussion: **«Der Staat schafft sich ab – Zum Ende von Arbeitnehmerrechten, Sozialstandards und der (Selbst-) Entmündigung des Rechtsstaats»**.

Mit Sanya Reid-Smith (Third World Network, Genf), Martin Beckmann (ver.di), Helmut Scholz (MdB, DIE LINKE), Moderation: Andreas Zumach (taz)

Kulturförderung im Gießkannenprinzip

Zuerst kommt das Fressen, am Ende die Kultur. So ließe sich ein bekanntes Sprichwort auf die prekäre Situation ummünzen, der viele Kunst- und Kulturschaffende dieser Stadt seit langem ausgesetzt sind. Zwar gehört Kultur zur alltäglichen Rhetorik im Berliner Politikbetrieb, im öffentlichen Haushalt rangiert sie aber unter ferner liefen. Die Kassen sind leer, jene der Hauptstadt im Besonderen. So wird um das Bisschen, das es noch zu verteilen gibt, doppelt hart gerungen.

Doch auch im Mangel gibt es Stufen. Die `etablierte Hochkultur` mit 27 Bühnen und Ensembles bekommt vom Land Berlin jährlich 215 Millionen Euro überwiesen. Geld, wovon die weniger institutionalisierte freie Szene nur träumen kann. Dutzende Off-Bühnen, Kunsträume und Tanz-Compagnien müssen mit insgesamt zehn Millionen Euro an Subventionen auskommen.

Im Gießkannenprinzip werden die kargen Mittel von einer zur anderen Finanzierungslücke geschoben. Bei der Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten gibt es dazu verschiedene Förderprogramme, die kompliziert

genug, alle ein-zwei Jahre neu gestellt werden müssen. Zuletzt wurde die Liste zur zweijährigen Basis- und Spielstättenförderung im Bereich Darstellende Kunst vorgestellt. Fünf Millionen Fördervolumen standen einem dreimal höheren Bedarf gegenüber. Das bedeutet, dass von 55 Anträgen nur 33 berücksichtigt werden konnten. Unter anderen die Tanzfabrik mit ihren Uferstudios im Wedding oder der Ackerstadtpalast; wohingegen die zeitgenössische Oper und die Vierte Welt, das progressivste Theater Berlins, durchs Raster fielen.

Seit Jahren fordert die Koalition der Freien Szene deshalb eine Aufstockung der Mittel. 18 Millionen sind konkret errechnet, die ein Ende prekärer Stundenlöhne, weit unter dem Mindestlohn, für alle Kunst- und Kulturschaffenden bringen sollen. Als Quelle wurde die Citytax (Hotelbetten-Steuer) ins Gespräch gebracht und vom letzten Kulturstaatssekretär André Schmitz eigentlich zugesagt, dann doch nicht umgesetzt. So liegen die Hoffnungen auf dem neuen. Tim Renner soll die Förderung der freien Szene weg vom Gießkannenprinzip in liquidere Gewässer führen. **Andreas Wiebel**

Das ist das Letzte

Der Urlaub ist vorbei. Die Bundesbeamten kehren zurück. 60 % arbeiten in der Haupt-Hauptstadt Berlin. In Bonn regieren noch sechs Ministerien und 40% der Bundesbediensteten. Denen haben 25 Jahre Bedenkzeit nicht genügt, um ihre Hintern von den Rheinwiesen zu erheben. Das kostete uns in den letzten 15 Jahren rund 350 Millionen Transport- und Mietkosten.

Berlin soll endlich wieder Olympiastadt werden. Wir haben zwar noch keinen Großflughafen, keine funktionierende S-Bahn, keine belastbaren Brücken, aber das kriegen wir hin. Nur, ob wir den Rassenhass gebändigt kriegen, das bleibt zweifelhaft. Hitler hockt nicht nur im Panoptikum Unter den Linden. Im Fernsehen feiert er jeden zweiten Abend Auferstehung und auf der Straße, wie eine Nachfrage der Linken ergab. 2013 fanden in der Bundesrepublik 186 Aufmärsche der Neonazis statt. Das sind drei in jeder Woche. Die Polizei schätzte 23.000 Teilnehmer, doppelt so viele wie 2010.

Wie Bundesprediger Gauck mehrfach betonte, darf von deutschem Boden nie wieder eine militärische Zurückhaltung ausgehen! Wir müssen uns einmischen! Die Bundeswehr ist in Kosovo, auf dem Mittelmeer, in Senegal, Mali, Kongo, in der Türkei, in Afghanistan, im Libanon und Sudan, in Somalia und am Horn von Afrika.

Aber die Welt ist ja viel größer. Das Risiko neuer Weltbrände auch! In den offiziellen Reden über den Weltuntergang vor 100 Jahren hieß es: „Da brach der Weltkrieg aus.“ Wie der Ätna auf Sizilien? Wie die Knastbrüder in Moabit? Wer hat denn die Luntten gelegt? Welche Wärter müssen besser aufpassen? Die Regierenden gehen wieder auf Schicht. Die Nebelwerfer in den Medien bleiben am Ball. Der Fronturlaub ist vorbei. Die Fronten bleiben.

Arthur Paul

Mehr Verantwortung wagen

Joachim Gaucks Präsidentschaft ist halb vorbei. Gauck will ein unbequemer Präsident sein – viele finden sein Auftreten oft unverantwortlich. Nicht ohne Grund.

Der Mann verfügt über gewisse rhetorische Fähigkeiten und überrascht mit kreativem „Neusprech“: „Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glücks-süchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.“

„Glückssüchtig“? Hat man so wohl noch nicht gehört, schon gar nicht im Zusammenhang mit toten Soldaten. Wie diese Worte in den Ohren der Hinterbliebenen klingen mögen, müsste ein gewesener Pfarrer eigentlich sehr genau erspüren können und

solchen Verbalquark einsichtig zurückziehen. Doch diese Entgleisung gehört in eine Reihe von Wortmeldungen, die das deutsche Volk für den Militarismus erwärmen sollen. Dieses nämlich, verweichlicht und außenpolitisch störrisch friedliebend, will und will keine Kriegsbegeisterung zeigen – Umfragen belegen es immer wieder. Da hilft nur langfristiges Bearbeiten, gebetsmühlenartiges Wiederholen der Notwendigkeit, in Krisen mehr „Verantwortung“ zu zeigen, bis dieses jahrzehntelang injizierte Gift des Pazifismus die Deutschen endlich verlässt. So oder ähnlich könnten es die USA-Versteher sehen, zu denen auch Thomas Kleine-Brockhoff gehört. Der ehemalige Leiter des German Marshall Fund ist seit einem Jahr der neue Einflüsterer des Präsidenten. Der geplante Ausrutscher auf der Münchner Sicherheitskonferenz war also nur der Auftakt zur neuen deutschen Außenpolitik, die die jahrzehntelange Doktrin der außenpolitischen Zurückhaltung derzeit Schicht für Schicht abstreift. „Endlich!“, wie Siegmund Gottlieb vom Bayerischen Rundfunk kürzlich sekundierte. Fazit? Gerade weil der

Präsident fast „nur“ das Wort als Waffe zur Verfügung hat, wiegt dieses umso schwerer. Gerade weil die Sprache der Diplomatie mit feinsten Nuancen arbeitet, sind winzige sprachliche Verschiebungen von größter Bedeutung. Gerade weil Gauck nicht in einem Altenheim, sondern auf der Münchner Sicherheitskonferenz Deutschlands Rolle in der Welt neu definierte, wiegt auch die



Sprechsituation schwer. Seine Empfehlung, „sich früher und substanzieller einzubringen“ darf daher niemals bagatellisiert werden. Doch lassen wir abschließend den Bundespräsidenten selbst zu Wort kommen: „Der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“ Entschuldigung, danebengegriffen ... es war sein Vorgänger Gustav Heinemann, der dieses gesagt hat – übrigens mitten im Kalten Krieg.

André Ullmann

Wir gratulieren im September zum Geburtstag!

- Zum 91. Svatana Frankova
- zum 90. Elisabeth Jäger, Renate Leuschner
- zum 89. Ingeborg Recke
- zum 88. Siegfried Bock, Christa Dewey
- zum 87. Otto Kindzorra, Reinhold Röder, Ilse Wolf
- zum 86. Gerhard Prietzel, Gisela Schulz
- zum 85. Ingeborg Heß
- zum 84. Eva-Maria Grampp, Gerda Lesser, Heinz Günther Meyer, Joachim Rieß
- zum 83. Fritz Homa, Ursula Hölzel, Wolfgang Kolbe, Elisabeth Lemmer
- zum 82. Günter Freyer, Erich Muderack
- zum 81. Evamaria Urchs, Maria Volland, Angelika Ellmann-Krüger
- zum 80. Ingeborg Kolbe, Ingrid Schröder, Erika Niemann, Anni Seidl
- zum 75. Hagen Reuter
- zum 70. Klaus Endler

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 22.08.2014

Ausgabetermin für Nr. 10/2014 – 02.10.2014